

Niederschrift

Gremium: Kreistag
Sitzungs-Nr.: 16 / Wahlperiode 2001/2006
Sitzung am: 07.07.2004
Ort: Kreishaus, Vincent-Lübeck-Str. 2, Raum 2/3
Beginn: 16.00 Uhr **Ende:** 20.35 Uhr

	Seite:
1. Eröffnung der Sitzung; Feststellung der ordnungsmäßigen Ladung und der Beschlussfähigkeit	7
2. Genehmigung der Niederschrift über die fünfzehnte ordentliche Sitzung des Kreistages am 12.05.2004	7
3. Bericht über wichtige Beschlüsse des Kreisausschusses	7
4. Bericht des Landrates über wichtige Angelegenheiten und über die Durchführung (Sachstand) der Beschlüsse des Kreistages	7
5. Resolution des Landkreises Cuxhaven zu den Auswirkungen der EU-Agrarreform auf die landwirtschaftlichen Betriebe im Landkreis Cuxhaven hier: Antrag der CDU-Kreistagsfraktion Sitzungsvorlage Nr. 183/2004	8
6. Resolution des Landkreises Cuxhaven mit Fragestellungen an das Bundesverkehrsministerium, an den Hamburger Senat und an die Niedersächsische Landesregierung hier: Antrag des Kreistagsabgeordneten Schröder vom 22.06.2004 Sitzungsvorlage Nr. 234/2004	12
7. Wahl von Herrn Regierungsdirektor Friedrich Redeker, Lüneburg, zum Kreisrat unter Berufung in das Beamtenverhältnis auf Zeit für die Leitung des Dezernates III Sitzungsvorlage Nr. 189/2004	12
8. Containerterminal Bremerhaven/Lüneplate, - Sachstandsbericht; hier: Vertrag zwischen Gemeinde Loxstedt/Landkreis Cuxhaven und Bremen/Bremerhaven Sitzungsvorlage Nr. 182/2004 - Verhandlungsergebnis zwischen Niedersachsen, Bremen, Landkreis Cuxhaven und der Gemeinde Loxstedt zur hoheitlichen Übertragung der Luneplate auf Bremen Sitzungsvorlage Nr. 182a/2004	13
9. Übernahme des Kreiskrankenhauses Land Hadeln durch die Deutsche Klinik GmbH hier: Stellungnahme der Verwaltung und der Fraktionen	14
10. Übertragung des Amtshofes – Haus für Kinder- und Jugendhilfe – des Landkreises Cuxhaven in die Trägerschaft der Arbeiterwohlfahrt Soziale Arbeit GmbH 27612 Loxstedt hier: Stellungnahme der Verwaltung und der Fraktionen	15
11. Flora-Fauna-Habitat-Richtlinie (FFH) – Nachmeldekulisse der nieders. Gebietskulisse hier: Stellungnahme des Landkreises Cuxhaven zu den im Landkreis ausgewiesenen Flächen	15
12. Änderung der Satzung über die Erhebung von Gebühren für die Benutzung der Einrichtungen der Berufsbildenden Schulen Cadenberge einschließlich des Berufsschulinternates Sitzungsvorlage Nr. 165/2004	16
13. Verordnung zur Änderung der Schonzeit für Ringeltauben im Landkreis Cuxhaven Sitzungsvorlage Nr. 222/2004	16

	Seite:
14. Grenzanpassung im Hafenbereich der Stadt Cuxhaven Sitzungsvorlage Nr. 228/2004	17
15. Raumsituation an der Max-Eyth-Schule, Berufsbildende Schulen Schiffdorf hier: Genehmigung einer überplanmäßigen Ausgabe für die Einrichtung einer zusätzlichen Metallwerkstatt Sitzungsvorlage Nr. 166a/2004	17
16. Entlastung des Verwaltungsrates der Kreissparkasse Wesermünde-Hadeln für das Ge- schäftsjahr 2003 Sitzungsvorlage Nr. 197/2004	17
17. Kreditangelegenheiten; Ermächtigung zur Aufnahme von Krediten im Haushaltsjahr 2004 Sitzungsvorlage Nr. 226/2004	18
18. Umbesetzung von Ausschüssen Sitzungsvorlage Nr. 229/2004	18
19. Fragestunde	18
20. Anfragen zu den Niederschriften der Kreistagsausschüsse	18
21. Anregungen und Beschwerden	18
22. Einwohnerfragestunde	19

Anwesend waren:

- 1 Kreistagsabgeordneter Dageförde, Uthlede, als Vorsitzender

die Kreistagsmitglieder

- 2 Landrat Bielefeld, Cuxhaven
- 3 Kreistagsabgeordneter Ahrens, Bramstedt
- 4 Kreistagsabgeordnete Frau Bergen, Cuxhaven
- 5 Kreistagsabgeordneter Berghorn, Langen
- 6 Kreistagsabgeordnete Frau Böckenkamp, Otterndorf (bis TOP 9)
- 7 Kreistagsabgeordneter Demuth, Cuxhaven
- 8 Kreistagsabgeordneter Döcher, Köhlen
- 9 Kreistagsabgeordneter Dubbert, Hechthausen
- 10 Kreistagsabgeordneter Feldmann, Otterndorf
- 11 Kreistagsabgeordneter Ferlemann, Cuxhaven
- 12 Kreistagsabgeordneter Föge, Wingst
- 13 Kreistagsabgeordneter Gerken, Otterndorf
- 14 Kreistagsabgeordnete Frau Goede, Wulsbüttel
- 15 Kreistagsabgeordneter Götjen, Lunestedt
- 16 Kreistagsabgeordneter Grell, Hechthausen
- 17 Kreistagsabgeordneter Grube, Hemmoor
- 18 Kreistagsabgeordneter Grüter, Schiffdorf
- 19 Kreistagsabgeordneter Guthahn, Osten
- 20 Kreistagsabgeordnete Frau Hansmann, Lintig
- 21 Kreistagsabgeordneter Harten, Cuxhaven
- 22 Kreistagsabgeordneter Dr. Jahn, Cuxhaven
- 23 Kreistagsabgeordneter Johannßen, Otterndorf
- 24 Kreistagsabgeordneter Jüchtern, Schiffdorf
- 25 Kreistagsabgeordneter Kaliske, Loxstedt
- 26 Kreistagsabgeordneter Köster, Loxstedt
- 27 Kreistagsabgeordneter Kowalewski, Midlum (bis 17.50 Uhr, TOP 8)
- 28 Kreistagsabgeordnete Frau Krause-Behrens, Bokel
- 29 Kreistagsabgeordneter von der Lieth, Elmlohe
- 30 Kreistagsabgeordneter Lutz, Wremen
- 31 Kreistagsabgeordneter Martens, Neuhaus (Oste)
- 32 Kreistagsabgeordneter McAllister, Bad Bederkesa
- 33 Kreistagsabgeordneter Meyer, Wingst
- 34 Kreistagsabgeordneter Meyn, Lamstedt
- 35 Kreistagsabgeordneter Misch, Schiffdorf
- 36 Kreistagsabgeordneter Nesper, Cadenberge
- 37 Kreistagsabgeordneter Dr. Nixdorf, Langen
- 38 Kreistagsabgeordneter Nordbruch, Loxstedt
- 39 Kreistagsabgeordneter Peters, Wanna
- 40 Kreistagsabgeordneter Peters, Langen
- 41 Kreistagsabgeordneter Raulff, Cuxhaven
- 42 Kreistagsabgeordnete Frau Rischbieter, Cuxhaven
- 43 Kreistagsabgeordnete Frau Ritzenhoff, Bramstedt
- 44 Kreistagsabgeordneter Robbert, Cuxhaven
- 45 Kreistagsabgeordneter Saul, Hemmoor
- 46 Kreistagsabgeordnete Frau Schlüter, Steinau
- 47 Kreistagsabgeordneter Schröder, Cuxhaven
- 48 Kreistagsabgeordneter Schütt, Cuxhaven
- 49 Kreistagsabgeordnete Frau Schwertfeger, Hagen
- 50 Kreistagsabgeordneter Seier, Dorum (bis 19.25 Uhr, TOP 11)
- 51 Kreistagsabgeordnete Frau Spiess, Cuxhaven
- 52 Kreistagsabgeordneter Steinau, Nordholz
- 53 Kreistagsabgeordneter Steinberg, Cuxhaven
- 54 Kreistagsabgeordnete Frau Tecker, Schiffdorf (bis 20.20 Uhr, TOP 23)
- 55 Kreistagsabgeordneter Tobias, Langen
- 56 Kreistagsabgeordneter Tönjes, Heerstedt
- 57 Kreistagsabgeordneter Wegener, Cuxhaven

- 58 Kreistagsabgeordneter Wiesen, Armstorf
- 59 Kreistagsabgeordneter Wrede, H., Loxstedt
- 60 Kreistagsabgeordneter Wrede, J., Nordholz

Von der Verwaltung:

Erster Kreisrat Jochimsen	
Kreisrätin Frau Jahns	
Frauenbeauftragte Frau Mahler	
Kreisoberamtsrat Wohltmann	
Kreisoberamtsrätin Schnall	} zu TOP 9 und 23
Kreisamtsrat Junge	
Herr Tormien	
Personalratsvorsitzender Bredehöft	zu TOP 9, 10, 23 und 24
Kreisamtsrat Meyer als Protokollführer	
Kreisinspektorin z. A. Frau Jark	

Außerdem:

Presse und Zuhörer

Folgende Kreistagsabgeordnete fehlten entschuldigt:

- 61 Kreistagsabgeordneter Bensen, Beverstedt
- 62 Kreistagsabgeordnete Frau Faße, Langen
- 63 Kreistagsabgeordneter May, Loxstedt
- 64 Kreistagsabgeordnete Frau Vockert, Schiffdorf

Punkt 1: Eröffnung der Sitzung; Feststellung der ordnungsmäßigen Ladung und der Beschlussfähigkeit

Vorsitzender Dageförde eröffnete um 16.00 Uhr die sechzehnte ordentliche Sitzung des Kreistages, begrüßte die Anwesenden und stellte fest, dass die Mitglieder des Kreistages zu dieser Sitzung frist- und formgerecht eingeladen seien. Von 64 Mitgliedern des Kreistages seien zu Beginn der Sitzung 60 anwesend. Der Kreistag sei beschlussfähig.

Vorsitzender Dageförde bat um Zustimmung, den Tagesordnungspunkt 13 hinter Tagesordnungspunkt 7 zu behandeln.

Der Kreistag beschloss einstimmig:

Der ursprünglich als Tagesordnungspunkt 13 vorgesehene Beratungspunkt wird als Tagesordnungspunkt 8 behandelt. Die bisherigen Tagesordnungspunkte 8 – 12 verschieben sich entsprechend.

Punkt 2: Genehmigung der Niederschrift über die fünfzehnte ordentliche Sitzung des Kreistages des Landkreises Cuxhaven am 12.05.2004

Vorsitzender Dageförde verwies wegen des Sachverhalts auf die vorliegende Niederschrift.

Der Kreistag beschloss ohne weitere Aussprache einstimmig:

Die Niederschrift über die fünfzehnte ordentliche Sitzung des Kreistages des Landkreises Cuxhaven am 12.05.2004 wird genehmigt.

Punkt 3: Bericht über wichtige Beschlüsse des Kreisausschusses

Vorsitzender Dageförde verlas den Bericht über wichtige Beschlüsse des Kreisausschusses.

Der Kreistag nahm Kenntnis.

Der Bericht ist als Anlage 1 der Niederschrift beigelegt.

Punkt 4: Bericht des Landrates über wichtige Angelegenheiten und über die Durchführung (Sachstand) der Beschlüsse des Kreistages

Landrat Bielefeld erklärte, die Beschlüsse des Kreistages seien alle ausgeführt.

Landrat Bielefeld berichtete außerdem über ein Treffen aller am Bau der A 22 interessierten Beteiligten in Beverstedt. Dort sei es gelungen, der Sache den nötigen Schwung zu verleihen. Weiterhin habe er vor zwei Tagen auf Einladung des Wirtschaftsministeriums bei der IHK Oldenburg Gelegenheit gehabt, sich mit Vertretern der beteiligten Kommunen, der Industrie- und Handelskammern, der Straßenbauverwaltung und des Wirtschaftsministeriums darauf zu einigen, dass zwei Drittel der ersten Planungskosten vorbehaltlich der entsprechenden Beschlüsse der politischen Gremien von den beteiligten Landkreisen und Städten und den Industrie- und Handelskammern finanziert werden, um so das Land zu bewegen, das restliche Drittel dazuzulegen.

Der Kreistag nahm Kenntnis.

**Punkt 5: Resolution des Landkreises Cuxhaven zu den Auswirkungen der EU-Agrarreform auf die landwirtschaftlichen Betriebe im Landkreis Cuxhaven
hier: Antrag der CDU-Kreistagsfraktion
Sitzungsvorlage Nr. 183/2004**

Vorsitzender Dageförde verwies wegen des Sachverhalts auf die Erläuterungen des Landrats zu Punkt 5 der Tagesordnung.

Abg. Frau Schlüter verwies auf die dem Kreistag zur Verfügung gestellte gemeinsame Resolution der Samtgemeinden Am Dobrock, Börde Lamstedt, Hadeln, Hemmoor, Sietland und den jeweiligen Mitgliedsgemeinden. Die Resolution ist der Niederschrift als Anlage 2 beigelegt. Diese Resolution gelte es zu unterstützen, aber auch die erweiterte Fassung, die dem Antrag der CDU-Kreistagsfraktion zugrunde liege. Bei der Verfassung des eigenen Resolutionstextes sei der CDU-Kreistagsfraktion wichtig gewesen, die Angelegenheit als Ganzes zu betrachten. Deshalb beschränke sich dieser Text nicht auf die Problematik der Milchwirtschaft.

Abg. Guthahn berichtete, zum Zeitpunkt der letzten Sitzung des Ausschusses für Landwirtschaft und Forsten habe bereits ein Entwurf des Resolutionstextes der Samtgemeinden vorgelegen. Seinem Vorschlag, einen gemeinsamen Resolutionstext zu erarbeiten, sei leider nicht gefolgt worden. Er zitierte aus einem Kommentar der Nordsee-Zeitung zu dem Resolutionstext, wonach dieser nicht für die Botschaft taue, weil er als agrarpolitische Abhandlung nur von Fachleuten verstanden werden könne. Der Text der Samtgemeinden sei deshalb besser, weil kürzer und prägnanter.

Abg. Frau Ritzenhoff bezeichnete den Resolutionstext der CDU-Kreistagsfraktion als unbrauchbar und zum Teil bereits obsolet. Richtig sei, dass sich insbesondere milchproduzierende Betriebe in einer wirtschaftlich schwierigen Situation befänden. Man dürfe aber nicht vergessen, dass die Praxis der Prämienverteilung zur Zeit völlig unausgewogen sei. Diese Situation würde durch die Resolution noch zementiert. Das wirkliche Problem sei die Überproduktion und die Milchpreispolitik der Molkereien und Discounter. Der Resolution sei deshalb nicht zuzustimmen.

Abg. Johannßen wies zunächst darauf hin, dass der Resolutionstext der Samtgemeinden ebenfalls vom Hadler Landvolkverband unterstützt worden sei. Auch er bedaure, dass es nicht zu einer gemeinsamen Resolution gekommen sei und dass stattdessen der Resolutionstext der Samtgemeinden im Kreisausschuss von denjenigen Abgeordneten abgelehnt worden sei, die diesen später im Samtgemeinderat mitgetragen hätten.

Abg. Frau Tecker empfand es als nicht einsehbar, warum ein einziger Berufsstand sich an notwendigen Reformen nicht beteiligen solle. Die Argumentation der CDU-Kreistagsfraktion zu ihrem Textvorschlag mache dies jedenfalls nicht deutlich.

Abg. Lutz erklärte, das Problem sei die durch die starke Subventionierung hervorgerufene Überproduktion und der damit verbundene Preisverfall. Das Maß der Subvention innerhalb der EU sei völlig überzogen. Die Resolution, die im übrigen noch gar keinen Adressaten habe, werde deshalb nicht helfen. Er bedaure außerordentlich, dass man sich nicht im Vorfeld in den Fraktionen auf eine gemeinsame Vorgehensweise, die für eine Solidarisierungsaktion sinnvoller gewesen sei, habe einigen können.

Abg. Frau Hansmann ließ die Vorwürfe der Abg. Ritzenhoff nicht gelten. Die Landwirte hätten einen Gewinneinbruch von etwa 35 % und die Belastungen aus den Investitionen aus den vergangenen Jahren, die im Vertrauen auf die Agrarpolitik der EU getätigt wurden, zu verkraften. Die Produktionsmenge werde von der EU gesteuert. Wer das Problem durchschaue, sollte beiden Resolutionen zustimmen.

Abg. Ferlemann machte darauf aufmerksam, dass die Ausgestaltung der Agrarreform den einzelnen Ländern obliege und insoweit nicht im Verantwortungsbereich der EU liege. Innerhalb der EU-Mitgliedsländer sei die Umsetzung deshalb auch sehr unterschiedlich. Die Bundesregierung habe sich nun einmal für eine schnelle Einführung des Flächenmodells entschieden, ohne zu berücksichtigen, dass bei einer abrupten Einführung gerade die Betriebszweige der Landwirtschaft, die im Landkreis Cuxhaven stark vertreten sind, besonders leiden. Es galt deshalb, die Umsetzung in der von der Bundesregierung beschlossenen Form zu verhindern. Die Verzögerung der Umsetzung von 2007 schrittweise bis auf 2013 werte er deshalb als Erfolg. Der Resolutionstext der CDU-Kreistagsfraktion gehe weit über das hinaus, was die Samtgemeinden in Bezug auf die Milchwirtschaft beschlossen hätten. Er sei nur vordergründig eine Resolution für die Landwirtschaft. Durch das vor- und nachgelagerte Gewerbe seien nämlich alle Bürgerinnen und Bürger mittelbar betroffen.

Vorsitzender Dageförde wies darauf hin, dass zwei eigenständige Resolutionen zur Beschlussfassung vorliegen, über die wegen des inhaltlichen Zusammenhangs aber in einem Verfahren abgestimmt werden könne.

(Hinweis: Die nach der Sitzung des Kreistages am 14.07.2004 eingetrafene Stellungnahme der Stadt Cuxhaven ist als Anlage 3 der Niederschrift beigelegt).

Der Kreistag beschloss mit Mehrheit bei zwei Gegenstimmen:

1. Der Kreistag unterstützt die gemeinsame Resolution der Samtgemeinden Am Dobrock, Börde Lamstedt, Hadeln, Hemmoor, Sietland und der jeweiligen Mitgliedsgemeinden
2. Der Kreistag beschließt folgende

Resolution:

Die EU-Agrarreform von 2003 und die nationale Umsetzung mit dem vorliegenden vom Deutschen Bundestag beschlossenen Gesetz fordern Land- und Ernährungswirtschaft insbesondere im Landkreis Cuxhaven seit Beginn der Gemeinsamen EU Agrarpolitik (GAP) die größten Anstrengungen zur Anpassung ab. Der Landkreis Cuxhaven ist nicht nur stark landwirtschaftlich geprägt, sondern darüber hinaus im Besonderen die Region mit der höchsten Milcherzeugungsdichte in Deutschland. Auf Niedersachsen bezogen werden auf nur 5% der Nutzfläche mehr als 11% der Milchmenge erzeugt. Diese Daten lassen es bereits auf den ersten Blick einleuchtend erscheinen, dass eine besondere Betroffenheit durch die GAP-Reform die Region kennzeichnet. Zur Umsetzung der Reform ist vorgesehen, nicht das durch Brüssel vorgeschlagene Betriebsmodell mit einem Referenzzeitraum von 2000 – 2002 umzusetzen, vielmehr ist ein Kombi-Modell vorgesehen. Bereits ab 2007 sollen neben den Sonderprämien für männliche Rinder und der Mutterkuhprämie auch die Ausgleichzahlung für die Milch schrittweise in die Flächenprämie überführt werden. Ab 2012 soll es schließlich nur noch eine einheitliche Flächenprämie geben.

Damit besteht die Gefahr von erheblichen Strukturbrüchen, Verlusten von Marktanteilen und Arbeitsplätzen in der Landwirtschaft sowie im vor- und nachgelagerten Bereich. Dies gilt insbesondere für die Milch- und Rindfleischproduktion. Das neue Prämiensystem begünstigt eher die Aufgabe der Agrarproduktion als die aktiv wirtschaftenden Betriebe.

Statt die in den Luxemburger Beschlüssen enthaltenen Möglichkeiten zugunsten der heimischen Land- und Ernährungswirtschaft zu nutzen, werden im Gesetz die jeweils schlechtesten Optionen gewählt. Insbesondere die leistungsstarken Vieh haltenden Betriebe, die hohe Investitionen in der Vergangenheit getätigt haben und dementsprechend mit einem hohen Kapitaleinsatz belastet sind bzw. sich weiterentwickeln wollen, werden einseitig benachteiligt.

Der deutsche Sonderweg einer überproportionalen Umverteilung der Prämienmittel zwischen den Ländern und Betrieben führt zu Wettbewerbsnachteilen gegenüber den Landwirten in den anderen EU-Mitgliedstaaten. Darüber hinaus ist zu befürchten, dass die Aufgabe der Landwirtschaft in benachteiligten Regionen beschleunigt wird.

Die Verteilung der Ackerbauprämien ab 2005 sowie der Milch- und Tierprämien ab 2007 auf die Fläche sind so nicht zu akzeptieren. Die Betriebe brauchen längere Übergangszeiten, ansonsten wird sich das Gesicht der deutschen Landwirtschaft, des ländlichen Raumes und der Landschaft drastisch ändern. Im Milchsektor, der

im besonderen Maße erhebliche Belastungen bis zur Existenzgefährdung erleiden wird, müssen die ohnehin zu geringen Ausgleichsprämien bis 2013 aus der Umverteilung herausgenommen werden. Ebenso gilt es Brüche für die Ackerbaubetriebe zu vermeiden. Die Einbeziehung der gesamten landwirtschaftlichen Nutzfläche in die künftige Prämiengewährung bei gleich bleibenden Prämienplafonds führt zu erheblichen Einkommensverlusten bei den Ackerbauern. Auch extensiv wirtschaftende Betriebe, wie z. B. Mutterkuhhalter, verlieren einen erheblichen Teil des ihnen bisher zustehenden Prämienvolumens.

Die vorgesehene 1,5-prozentige Kürzung des Prämienvolumens zur Bildung einer nationalen Reserve geht zu Lasten der wirtschaftenden Betriebe. Die Problematik des Flächenerwerbs für gemeinnützige Siedlungsgesellschaften, deren Aktivitäten zur Verbesserung der Agrarstruktur und des Grundstückverkehrs beitragen, ist im Gesetz in keiner Weise berücksichtigt.

Die Bundesregierung hat bei den Verhandlungen mit sachfremden Erwägungen eine Verknüpfung der künftigen Direktzahlungen mit unangemessenen Bewirtschaftungsauflagen (Cross Compliance) mit initiiert. Dieses überbordende bürokratische System führt zu einer Doppelbestrafung der Landwirte im Fall der Zuwiderhandlung. Das vorhandene Fachrecht sieht bereits ausreichende Ahndungsmöglichkeiten vor. Es besteht die Tendenz, die in EU-Verordnungen vorgesehenen Regelungen zu Cross-Compliance zu verschärfen.

Ein weiterer Wettbewerbsnachteil besteht darin, dass einige der EU-Bewirtschaftungsvorschriften in Deutschland bereits verschärft umgesetzt sind. Dies birgt auch die Gefahr in sich, dass bei solchen Verschärfungen die Voraussetzungen für die Fortführung von Agrarumweltprogrammen und der Gewährung von Ausgleichszulagen für benachteiligte Gebiete seitens der Länder entfallen. Die Einvernehmensregelung zu Gunsten des Bundesministeriums für Umwelt erschwert den Erlass der Durchführungsbestimmung und führt verstärkt zu sachfremden Regelungen. Hier muss es zu Benehmensregelungen kommen.

Bei Umsetzung dieser Pläne verlieren die Rindermäster und die Milcherzeuger bereits ab 2007 einen erheblichen Anteil Ihrer einzelbetrieblichen Ausgleichszahlungen. Die Einkommenssituation dieser Betriebe ist die bei den jetzigen Milch- und Fleischpreisen bereits ungenügend. Der Landkreis Cuxhaven wäre angesichts der o. g. Milcherzeugungsdichte massiv betroffen und einer Verwerfung seiner landwirtschaftlichen Strukturen mit entsprechenden Auswirkungen auf die vor- und nachgelagerten Bereiche Preis gegeben.

So wird die Wirtschaftskraft der Region also regelrecht abstürzen. Die landwirtschaftlichen Betriebe im Landkreis Cuxhaven verlieren bei einer einheitlichen Flächenprämie jährlich über 9,15 Millionen Euro an Ausgleichszahlungen. Weitere rund 17 Millionen Euro fehlen den Landwirten durch die nicht ausgeglichenen 50% der bevorstehenden Milchpreissenkung. Diese insgesamt 26 Millionen Euro fehlen nicht nur der Landwirtschaft, sondern dem gesamten Wirtschaftskreislauf im Landkreis Cuxhaven. Bedenken Sie deshalb auch bitte, mit welchen negativen Auswirkungen der bekanntermaßen strukturschwache Elbe-Weser Raum durch Ihre nationale Rechtssetzung über die Vorgaben der EU hinaus zu kämpfen hätte. Auch die Ackerbaubetriebe in der Marsch werden mit dieser Reform ein zweites Mal benachteiligt werden. Schon die Agrarreform 1992 hatte zur Folge, dass der politisch diktierte Preisrückgang nur zur Hälfte durch Ausgleichszahlungen ausgeglichen wurde. Mit der Einstufung in die Region 7 wurde den Betrieben eine denkbar schlechte

Ertragsregion zugeteilt.

Bei der jetzigen Agrarreform sind bereits alle Ackerflächen mit Prämien erfasst. Anderes gilt für die Zuckerrübengebiete, die nicht nur in einer besseren Ertragsregion mit seit 12 Jahren deutlich höheren Hektarprämien liegen, sondern nunmehr für ihre Flächen auch noch eine Ausgleichszahlung erhalten. Den Anspruch auf Ausgewogenheit erfüllt das nicht.

Unter Berücksichtigung dieser ruinösen Folgen und um Schlimmeres zu verhindern, käme das Kombi-Modell nur dann in Betracht, wenn die Bindung der Ausgleichszahlungen für Milch, männliche Rinder und Mutterkühe bis 2012 an die erzeugenden Betriebe erhalten bliebe. Natürlich wäre auch diese Lösung kritisch zu sehen, aber die Betriebe erhielten zumindest Zeit, um sich im Hinblick auf ihre intensiven Investitionen in den vergangenen Jahren umzustellen oder gegebenenfalls sich auf neue Aufgaben vorzubereiten und der Schaden für die Region könnte begrenzt werden.

Vor diesem Hintergrund fordert der Landkreis Cuxhaven die niedersächsische Landesregierung, die Bundesregierung und den Bundestag auf, das Gesetz in wesentlichen Punkten wie folgt zu ändern und

1. das vorgesehene Modell zur Prämiengewährung wie folgt zu gestalten:
 - Die Milchprämie zu 100 Prozent betriebsindividuell bis 2013 zuzuweisen.
 - Die übrigen Direktzahlungen ab 2005 zu 35 Prozent in einen einheitlichen Sockelbetrag für alle Acker- und Grünlandflächen zu überführen.
 - 65 Prozent der Direktzahlungen – außer Milchprämie – ab 2005 betriebsindividuell zu gewähren.
 - Die betriebsindividuell zugewiesenen Direktzahlungen zur Vermeidung von Strukturbrüchen möglichst spät bis 2013 in eine regionale Einheitsprämie zu überführen.²
2. Die 1,5-prozentige Kürzung des Prämienvolumens zur Bildung einer nationalen Reserve auf 1 Prozent zu ermäßigen.
3. Die Einvernehmensregelung zu Gunsten des Bundesministeriums für Umwelt zum Erlass von Durchführungsvorschriften im Gesetzentwurf zu streichen.
4. Die „Cross-Compliance-Vorschriften“ in nationales Recht eins zu eins umzusetzen.
5. Das Umbruchverbot für Grünland in ein Erhaltungsgebot umzuwandeln und flexibler zu gestalten.
6. Die laufenden Agrarumweltprogramme sowie die Ausgleichszulage der Länder weiter zu ermöglichen.
7. Für die Siedlungsgesellschaften das Problem des Erwerbs von Prämienrechten angemessen zu lösen.
8. Die Kontrolle und Sanktionierung dürfen nicht zu Wettbewerbsverzerrungen gegenüber anderen EU-Ländern führen.

9. Die Bundesregierung muss die Voraussetzungen dafür schaffen, dass die Modulationsmittel den wirtschaftenden Betrieben zugute kommen.
10. Auf EU-Ebene muss die Bundesregierung sich dafür einsetzen, folgende Systemwidersprüche zu beseitigen:
 - Die Beibehaltung der Stilllegungsverpflichtung im EU-Recht widerspricht dem System der Beihilfen-entkopplung und muss deshalb gestrichen werden.
 - Die Flächenbeihilfe für Eiweiß- und Energiepflanzen muss in das künftige Prämiensystem mit einbezogen werden.

(Hinweis: Die am 20.08.2004 eingetroffene Stellungnahme des Bundeskanzlers ist als Anlage 4 der Niederschrift beigelegt.)

**Punkt 6: Resolution des Landkreises Cuxhaven mit Fragestellungen an das Bundesverkehrsministerium, an den Hamburger Senat und an die Niedersächsische Landesregierung
hier: Antrag des Kreistagsabgeordneten Schröder vom 22.06.2004
Sitzungsvorlage Nr. 234/2004**

Vorsitzender Dageförde verwies wegen des Sachverhalts auf die Erläuterungen des Landrats zu Punkt 6 der Tagesordnung.

Landrat Bielefeld gab den Hinweis, dass es bei dem Antrag des Abg. Schröder inhaltlich nicht um eine Resolution, sondern um einen Fragenkatalog handele. Wenn der Kreistag dem Ansinnen des Abg. Schröder folgen wolle, müsse er beschließen, den Fragenkatalog an die entsprechenden Adressaten zu versenden.

Vorsitzender Dageförde stellte fest, dass der Tagesordnungspunkt für eine Beschlussfassung als Resolution nicht geeignet sei.

Der Kreistag nahm Kenntnis.

**Punkt 7: Wahl von Herrn Regierungsdirektor Friedrich Redeker, Lüneburg, zum Kreisrat unter Berufung in das Beamtenverhältnis auf Zeit für die Leitung des Dezernates III
Sitzungsvorlage Nr. 189/2004**

Vorsitzender Dageförde verwies wegen des Sachverhalts auf die Erläuterungen des Landrats zu Punkt 7 der Tagesordnung.

Landrat Bielefeld erläuterte das Auswahlverfahren für die Leitungsstelle des Dezernates III und sprach sich nachdrücklich für die Wahl des Herrn Redeker aus.

Herr Redeker stellte sich dem Kreistag vor und trug zu den Stationen seines persönlichen und beruflichen Werdeganges vor.

Abg. Götjen bat für die CDU-Kreistagsfraktion um ein einstimmiges Votum. Herr Redeker habe sowohl vor der Fraktion als auch im Ausschuss Interner Service einen hervorragenden Eindruck hinterlassen.

Abg. Johannßen zeigte sich davon überzeugt, dass Herr Redeker persönlich und fachlich geeignet sei, die Funktion des Dezernenten III auszufüllen. Allerdings habe die SPD-Kreistagsfraktion den Beschluss des Kreistages, diese Stelle wieder zu besetzen, nicht mitgetragen. Wegen der Delegation von Verantwortung auf die Amtsleitungsebene und der bevorstehenden Abgabe von Einrichtungen sei die Stelle auch im Sinne einer Zeichensetzung zur Haushaltskonsolidierung entbehrlich.

Abg. Frau Tecker bestätigte den positiven Eindruck des Herrn Redeker im Ausschuss Interner Service. Sie sei deshalb bereit, den notwendigen Vertrauensvorschuss zu gewähren.

Abg. Gerken unterstrich die Schilderung des Abg. Götjen über den Eindruck in der CDU-Kreistagsfraktion.

Der Kreistag beschloss mit Mehrheit bei einer Reihe von Gegenstimmen und einer Stimmenthaltung:

Herr Friedrich Redeker, Lüneburg, wird für die Dauer von acht Jahren für die Zeit vom 01.09.2004 bis zum 31.08.2012 zum Kreisrat gewählt und in das Beamtenverhältnis auf Zeit berufen.

Landrat Bielefeld händigte Herrn Redeker im Anschluss an die Beschlussfassung die Ernennungsurkunde aus und beglückwünscht ihn zu seiner Wahl.

Herr Redeker bedankte sich für das entgegengebrachte Vertrauen. Die Entscheidung der SPD-Kreistagsfraktion, gegen seine Ernennung zu stimmen, könne er nachvollziehen. Er gehe gleichwohl davon aus, dass diese keinen Einfluss auf die gute Zusammenarbeit haben werde.

Punkt 8: Containerterminal Bremerhaven/Lüneplate,

- Sachstandsbericht;

hier: Vertrag zwischen Gemeinde Loxstedt/Landkreis Cuxhaven und Bremen/Bremerhaven

Sitzungsvorlage Nr. 182/2004

- Verhandlungsergebnis zwischen Niedersachsen, Bremen, Landkreis Cuxhaven und der Gemeinde Loxstedt zur hoheitlichen Übertragung der Luneplate auf Bremen

Sitzungsvorlage Nr. 182a/2004

Vorsitzender Dageförde verwies wegen des Sachverhalts auf die Erläuterungen des Landrats zu Punkt 8 der Tagesordnung.

EKR Jochimsen erläuterte Hintergrund und Inhalt der Vertragsverhältnisse zwischen dem Land Bremen und dem Landkreis Cuxhaven und der Gemeinde Loxstedt sowie zwischen dem Landkreis Cuxhaven und der Gemeinde Loxstedt untereinander einerseits wie auch zwischen den Ländern Bremen und Niedersachsen andererseits.

Abg. Köster kündigte die Zustimmung der SPD-Kreistagsfraktion an. Der Rat der Gemeinde Loxstedt habe den Verträgen mit großer Mehrheit zugestimmt. Von den Arbeitsplätzen, die das Land Bremen durch die Maßnahme schaffen könne, profitierten zu 50 % die Bewohner des Landkreises. Im Hinblick darauf, dass die fiskalischen Eigentumsverhältnisse des Landes Bremen ohnehin dazu geführt hätten, dass eine faktische Einwirkungsmöglichkeit der Gemeinde Loxstedt nicht mehr gegeben wäre, sei die Übertragung der Hoheitsrechte die richtige Lösung.

Abg. Kaliske legte Wert auf die Feststellung, dass der Verkauf nicht allein aus dem Grunde erwogen wurde, um Geld zu erwirtschaften. Die Arbeitsplätze, von denen die Rede gewesen sei, würden nicht alle in der Region entstehen, sondern im Hintergrund der Arbeitsabläufe an anderen Orten. Aber jeder Arbeitsplatz, der vor Ort entstehe, sei wichtig für den Landkreis.

Abg. Frau Tecker wies darauf hin, dass die hier in Rede stehende Fläche die Ausgleichsfläche für den CTIIIIa gewesen sei. Wie diese ersetzt werden sollen, habe ihr niemand sagen können. Ihr Vertrauen in die Bremer Politik sei erschüttert. Die Kreistagsfraktion Bündnis 90/Die Grünen werde den Verträgen deshalb nicht zustimmen. Die Prognosen zur Schaffung von Arbeitsplätzen sehe sie angesichts der fortschreitenden Technisierung von Hafenumschlagsarbeiten ohnehin eher pessimistisch.

Abg. Schröder vermutete hinter dem Interesse des Landes Bremen an den Flächen auch die FFH-Problematik. In Anbetracht der finanziellen Enge der öffentlichen Haushalte und stagnierenden Umschlagzahlen könne er eine solche Hafenpolitik nicht mittragen.

Der Kreistag beschloss mit Mehrheit bei drei Gegenstimmen:

1. Der Vereinbarung zur Zustimmung der Änderung der Gebietsgrenzen auf der Luneplate (Anlage 1 zu Sitzungsvorlage Nr. 182/2004) wird zugestimmt.

2. Der internen Vereinbarung über das Zahlungsverhältnis zwischen Gemeinde Loxstedt und Landkreis Cuxhaven (Anlage 2 zu Sitzungsvorlage Nr. 182/2004) wird zugestimmt.
3. Dem einvernehmlichen Ergebnis zwischen Niedersachsen/Bremen, Landkreis Cuxhaven und der Gemeinde Loxstedt zur hoheitlichen Übertragung der Luneplate auf Bremen (Anlage zu Sitzungsvorlage Nr. 182a/2004) wird zugestimmt.

**Punkt 9: Übernahme des Kreiskrankenhauses Land Hadeln durch die Deutsche Klinik GmbH
hier: Stellungnahme der Verwaltung und der Fraktionen**

Vorsitzender Dageförde erteilte zunächst Landrat Bielefeld das Wort.

Dieser äußerte, er stehe mit ambivalenten Empfindungen vor der Entscheidung. Auf der einen Seite treffe man heute die Entscheidung zu der Trennung von einer langjährigen, gut laufenden und akzeptierten Einrichtung des Landkreises, auf der anderen Seite sei dies aber der einzige Weg, den Fortbestand dieser Einrichtung zu sichern. Mit dieser Entscheidung habe man sich in den letzten Jahren sehr schwer getan. Er könne deshalb gut verstehen, dass die Fraktionen um die Möglichkeit gebeten haben, im öffentlichen Teil der Sitzung ihre Stellungnahmen zu dem Entscheidungsprozess abzugeben. Über die Vertragsinhalte werde man dann im nichtöffentlichen Teil der Sitzung beschließen.

Landrat Bielefeld schilderte den Verlauf des Interessenbekundungsverfahrens. Wichtigster Gesichtspunkt sei immer der Erhalt der Einrichtung gewesen. Der Verlauf ist im Wesentlichen der Niederschrift als Anlage 5 beigefügt.

Abg. Gerken erinnerte sich daran, dass die Diskussion um die Zukunft des Krankenhauses bereits seit 15 Jahren andauere. Ständig habe sich durch die öffentliche Diskussion in Politik und Presse die Verunsicherung in der Belegschaft neu ausgebreitet. Er sei deshalb froh, dass es nun zu einer Entscheidung komme und sei sicher, dass es die richtige Entscheidung sei. Die Diskussion in der Lenkungsgruppe, hervorragend geleitet durch Herrn Tormien, habe entscheidend dazu beigetragen, dass er von dem Konzept des Bewerbers Deutsche Klinik GmbH überzeugt sei.

Abg. Feldmann führte aus, die vom Landrat angesprochene Ambivalenz, also das Gegeneinander von Richtungskräften, habe den Kreistag in dieser Sache bisher beschäftigt und auch bedrückt. Sicherlich falle es schwer, die Trägerschaft aufzugeben, aber für die Interessenwahrung des Krankenhauses sei es wichtig, dieses Gegeneinanderwirken zu beenden. Die Entscheidung sei schwergefallen, aber zum Wohle des Krankenhauses getroffen worden in der Hoffnung, dass sie sich bewähren werde.

Abg. Johannßen bedauerte, dass der Versuch, die vier ehemals unter öffentlicher Trägerschaft stehenden Einrichtungen im Landkreis unter einem Dach zu vereinen, misslungen sei. Dies wäre eine gute Lösung gewesen. Nachdem sich zwei der Einrichtungen anderweitig entschieden hätten, sei der Verkauf der einzig mögliche Weg für den Erhalt des Kreiskrankenhauses.

Abg. Frau Ritzenhoff wehrte sich gegen die Einordnung von Gesundheit als Ware. Offensichtlich unterschieden sich aber die Auffassungen, ob Gesundheit wie Wasser und Bildung vom Staat als Grundversorgung vorzuhalten sei. Ihre Vision von einer Entwicklung des Krankenhauses zu einem leistungsfähigen Gesundheitszentrum sei durchaus realistisch gewesen. Gleichwohl stimme ihre Fraktion nun zu in der Hoffnung, dass es die richtige Entscheidung sei.

Abg. Wegener stimmte dahingehend zu, dass nach der vorangegangenen Entwicklung eine andere Entscheidung als die des Verkaufs an einen privaten Träger nicht möglich gewesen sei. Nun entstehe allerdings private Konkurrenz, die die Betreiber dazu zwingt, miteinander zu reden. Einwirkungsmöglichkeiten hätten die Kommunen jetzt jedoch nicht mehr.

Abg. Steinau machte darauf aufmerksam, dass mehr als 60 % aller Patienten aus dem Landkreis an den Einrichtungen im Landkreis vorbeigingen. Dies müsse doch Gründe in dem Versorgungsangebot haben. Wenn man den Erhalt des Kreiskrankenhauses sichern wolle, müsse man gemeinsam am Image der Einrichtung arbeiten, dies sei eine Aufgabe, die der Kommune bleibe.

Abg. Schröder sah in der Angelegenheit einen weiteren Akt des kommunalen Ausverkaufes. Seine Zustimmung mache er davon abhängig, ob es eine Rücknahmeverpflichtung des Landkreises im Falle der Insolvenz des Betreibers gebe.

Personalratsvorsitzender Bredenhöft bedankte sich für die enge Einbindung des Personalrates in den Entscheidungsprozess. Der Personalrat trage die beabsichtigte Entscheidung mit. Der Kriterienkatalog für das Auswahlverfahren sei unter Mitwirkung des Personalrates erarbeitet worden. Für den Personalrat habe das Personalkonzept, aber auch das medizinische Konzept Vorrang gehabt, denn ohne ein erfolgreiches medizinisches Konzept könne die Einrichtung nicht überleben. Dass gleichwohl mit einem Personalüberhang gerechnet werden müsse, sei für die Personalvertretung zwar misslich, er hoffe aber darauf, dass auch die von dem Bewerber angestrebte Betriebserweiterung eintrete und insoweit es wieder zu einer Zunahme von Arbeitsverhältnissen komme.

Der Kreistag nahm Kenntnis.

**Punkt 10: Übertragung des Amtshofes – Haus für Kinder- und Jugendhilfe – des Landkreises Cuxhaven in die Trägerschaft der Arbeiterwohlfahrt Soziale Arbeit GmbH 27612 Loxstedt
hier: Stellungnahme der Verwaltung und der Fraktionen**

Vorsitzender Dageförde erteilte der Abg. Frau Goede das Wort.

Stellvertretende Vorsitzende Bergen übernahm den Vorsitz.

Abg. Frau Goede erklärte, die SPD-Kreistagsfraktion werde der Übertragung an die AWO zustimmen. Die Jugendhilfeplanung des Landkreises habe sich kontinuierlich weiterentwickelt und mit der Entscheidung zur Dezentralisierung der Jugendhilfe sei man mittlerweile beispielgebend für die Bundesrepublik. Das klassische Kinderheim sei damit zum Teil überholt gewesen und habe Auswirkungen auf die Belegungszahlen hinnehmen müssen. Mit der Übergabe an einen privaten professionellen neuen Träger werde nun ein neuer Meilenstein in der Geschichte der Jugendhilfe beim Landkreis Cuxhaven gesetzt.

Abg. Martens zeigte sich zunächst darüber erfreut, dass das Konzept der AWO auch die Weiternutzung der Immobilie beinhalte und stellte klar, dass er dem Beschlussvorschlag zustimmen werde. Das erwartete Einsparungspotential vermochte er jedoch nicht zu erkennen. In den vergangenen Jahren hätten Überschüsse erwirtschaftet werden können. Die Diskussion über nicht zeitgemäße Heimunterbringung und finanzielle Schwierigkeiten könne er nicht nachvollziehen, diese hätte aber schlussendlich zu der politischen Willensbildung beigetragen.

Abg. Frau Ritzenhoff richtete ihren Dank an die Abg. Frau Goede und Peters für deren Engagement im Auswahlverfahren. Voraussetzung für die Übertragung sei die Vorlage eines Konzeptes gewesen, das neben der Bestandssicherung weitere Schwerpunkte wie Jugendliche mit psychischen Auffälligkeiten, Mädchen und Frauen mit Missbrauchserfahrungen und die Schule für Erziehungshilfen aufgebaut werden. Man könne also davon ausgehen, dass nichts zerschlagen werde, sondern eine Bereicherung zu erwarten sei.

Abg. Peters schilderte den Entscheidungsprozess als steinigen Weg. Insbesondere die Personalüberleitungsproblematik sei nicht einfach zu lösen gewesen. Die Früchte seines Jugendhilfekonzeptes könne der Kreistag nun ernten.

Der Kreistag nahm Kenntnis.

**Punkt 11: Flora-Fauna-Habitat-Richtlinie (FFH) – Nachmeldekulisse der nieders. Gebietskulisse
hier: Stellungnahme des Landkreises Cuxhaven zu den im Landkreis ausgewiesenen Flächen**

Stellvertretende Vorsitzende Bergen erteilte der Abg. Frau Ritzenhoff das Wort.

Abg. Frau Ritzenhoff stellte und begründete detaillierte Anträge, die Stellungnahme des Landkreises Cuxhaven in bestimmten Punkten zu ändern.

Stellvertretende Vorsitzende Bergen wies darauf hin, dass die Stellungnahme bereits abschließend vom Kreisausschuss in eigener Zuständigkeit beschlossen worden sei und insoweit eine Beschlussfassung durch den Kreistag nicht möglich sei.

Abg. Götjen sah die Belange der Landwirtschaft bei der Erarbeitung der Nachmeldekulisse ausreichend gewürdigt. Die von der Abg. Frau Ritzenhoff vorgetragene Einwände hätten in die Beratung der Fachausschüsse gehört, dort sei die Angelegenheit auch eingehend beraten worden. Die Verwaltung habe bei der Vorbereitung hervorragende Arbeit geleistet.

Abg. Raulff problematisierte die Ausweisung von FFH-Gebieten in unmittelbarer Nähe exponierter, zur Gewerbeansiedlung vorgesehener Flächen im Hafenbereich der Stadt Cuxhaven. An dieser Stelle habe er eine Stellungnahme des Landkreises vermisst. Es handle sich hierbei um Flächen an einer natürlichen, seeschifftiefen Wasserrinne, deren Ausweisung als FFH-Gebiet ansiedlungswillige Gewerbetreibende abschrecke und nach seinem Empfinden auch keinen schützenswerten Raum darstelle. Hier sollte gemeinsam daran gearbeitet werden, diese Flächen wieder herauszunehmen.

EKR Jochimsen erwiderte, die Stellungnahme zu der Schutzwürdigkeit der vom Abg. Raulff angesprochenen Flächen sei entbehrlich gewesen, da bereits die Unterweserkonferenz diese Problematik aufgegriffen habe. Insoweit habe ein Verweis ausgereicht. Er wies erneut darauf hin, dass der Kreisausschuss bereits abschließend entschieden habe und der Tagesordnungspunkt informatischen Charakter habe.

An der weiteren Diskussion beteiligten sich die Abg. Johannßen, McAllister, Meyn und Wegener

Der Kreistag nahm Kenntnis.

**Punkt 12: Änderung der Satzung über die Erhebung von Gebühren für die Benutzung der Einrichtungen der Berufsbildenden Schulen Cadenberge einschließlich des Berufsschulinternates
Sitzungsvorlage Nr. 165/2004**

Stellv. Vorsitzende Bergen verwies wegen des Sachverhalts auf die Erläuterungen des Landrats zu Punkt 12 der Tagesordnung.

Vorsitzender Dageförde übernimmt den Vorsitz.

Abg. Frau Bergen verwies auf die einstimmige Empfehlung des Ausschusses für Berufsbildende Schulen, wonach Artikel 2 des Entwurfs der Änderungssatzung gestrichen werden solle. Grund sei die Befürchtung, dass bei einer Erhöhung der Internatsgebühren die Belegungszahl rückläufig werden und den Standort gefährden könnte.

Abg. Nesper unterstütze die Ausführungen der Abg. Frau Bergen. Die von der Internatsunterbringung betroffenen Berufszweige seien wichtige Säulen für die Standortsicherung der Berufsbildenden Schulen Cadenberge.

Der Kreistag beschloss einstimmig:

Die der Sitzungsvorlage Nr. 165/2004 beigefügte Erste Satzung zur Änderung der Satzung über die Erhebung von Gebühren für die Benutzung der Einrichtungen der Berufsbildenden Schulen Cadenberge einschließlich des Berufsschulinternates wird mit folgender Änderung beschlossen:

Artikel 2 wird gestrichen.

Die Gebührenhöhe für die Internatsbenutzung soll im Frühjahr 2005 erneut im Ausschuss für Berufsbildende Schulen beraten werden.

**Punkt 13: Verordnung zur Änderung der Schonzeit für Ringeltauben im Landkreis Cuxhaven
Sitzungsvorlage Nr. 222/2004**

Vorsitzender Dageförde verwies wegen des Sachverhalts auf die Erläuterungen des Landrats zu Punkt 13 der Tagesordnung.

Abg. Schröder monierte den entgegen bisheriger Praxis in der Verordnung vorgenommenen Verzicht auf eine Befristung und bat um eine rechtliche Überprüfung. Diese Regelung verhindere die für den Aufhebungszeitraum der Schonfrist notwendige Bestandsprüfung.

Der Kreistag beschloss mit Mehrheit bei zwei Gegenstimmen:

Die der Sitzungsvorlage Nr. 222/2004 beigefügte Verordnung zur Änderung der Schonzeiten im Landkreis Cuxhaven wird beschlossen.

**Punkt 14: Grenzanpassung im Hafenbereich der Stadt Cuxhaven
Sitzungsvorlage Nr. 228/2004**

Vorsitzender Dageförde verwies wegen des Sachverhalts auf die Erläuterungen des Landrats zu Punkt 14 der Tagesordnung.

Der Kreistag beschloss ohne weitere Aussprache einstimmig:

Der Landkreis Cuxhaven stimmt gemäß § 36 Abs. 1 Nr. 4 der Niedersächsischen Landkreisordnung der beabsichtigten Änderung der Gemeindegrenze im Bereich der Stadt Cuxhaven, zugleich auch Kreisgrenze, zu.

**Punkt 15: Raumsituation an der Max-Eyth-Schule, Berufsbildende Schulen Schiffdorf
hier: Genehmigung einer überplanmäßigen Ausgabe für die Einrichtung einer zusätzlichen Metallwerkstatt
Sitzungsvorlage Nr. 166a/2004**

Vorsitzender Dageförde verwies wegen des Sachverhalts auf die Erläuterungen des Landrats zu Punkt 15 der Tagesordnung.

Der Kreistag beschloss ohne weitere Aussprache einstimmig:

Aufgrund der Dringlichkeit werden die für die Einrichtung der Metallwerkstatt in der Max-Eyth-Schule, Berufsbildende Schulen Schiffdorf, erforderlichen Haushaltsmittel in Höhe von 77.000,-- € überplanmäßig im Haushaltsjahr 2004 zur Verfügung gestellt. Die Mehrausgabe wird durch die Einsparung der Haushaltsmittel für die Einrichtung einer Lehrküche in der Seeparkschule Debstedt, für die Schulhofumgestaltung und für die Überdachung des Fahrradstandes der Sonderschule Schiffdorf gedeckt.

**Punkt 16: Entlastung des Verwaltungsrates der Kreissparkasse Wesermünde-Hadeln für das Geschäftsjahr 2003
Sitzungsvorlage Nr. 197/2004**

Vorsitzender Dageförde verwies wegen des Sachverhalts auf die Erläuterungen des Landrats zu Punkt 16 der Tagesordnung.

Der Kreistag beschloss ohne weitere Aussprache einstimmig:

Dem Verwaltungsrat der Kreissparkasse Wesermünde-Hadeln wird nach § 26 Abs. 3 des Nieder. Sparkassengesetzes für das Geschäftsjahr 2003 Entlastung erteilt.

**Punkt 17: Kreditangelegenheiten;
Ermächtigung zur Aufnahme von Krediten im Haushaltsjahr 2004
Sitzungsvorlage Nr. 226/2004**

Vorsitzender Dageförde verwies wegen des Sachverhalts auf die Erläuterungen des Landrats zu Punkt 17 der Tagesordnung.

Abg. Wegener ging auf die Auswirkungen der Haushaltsbeschlüsse des Landes auf den kommunalen Finanzausgleich ein. Für die Kommunen im Land Niedersachsen seien Belastungen von mindestens 300 Mio € zu erwarten. Zusammenarbeit bei der Erarbeitung von Konsolidierungsmaßnahmen sei deshalb dringend erforderlich. Er sei deshalb auf die in der letzten Finanzausschusssitzung angekündigten innovativen Einsparungsvorschläge gespannt.

Der Kreistag beschloss mit Mehrheit bei einer Gegenstimme:

Zur Deckung des voraussichtlichen Kreditbedarfs bis Ende Dezember 2004 wird die Aufnahme von Krediten vom Kreditmarkt bis zur Höhe von 10.758.255,46 € zu einem Höchstzinssatz von effektiv 10 v.H. und einer max. Laufzeit bis zu 30 Jahren beschlossen.

Der Landrat wird ermächtigt, in diesem Rahmen Kreditverträge zu den jeweils erreichbaren günstigsten Bedingungen abzuschließen. Dem Kreistag sind die Kreditgeber und die Bedingungen in der darauf folgenden Sitzung mitzuteilen.

**Punkt 18: Umbesetzung von Ausschüssen
Sitzungsvorlage Nr. 229/2004**

Vorsitzender Dageförde verwies wegen des Sachverhalts auf die Erläuterungen des Landrats zu Punkt 18 der Tagesordnung.

Der Kreistag beschloss ohne weitere Aussprache einstimmig:

Nach § 47 Abs. 6 NLO i. V. m. § 47 Abs. 4 NLO wird folgende Umbesetzung festgestellt:

Ausschuss für Hochbau, Straßen und Verkehr:

Anstelle des hinzuberufenen beratenden Mitgliedes Frank Steenblock, Uthlede, gehört nunmehr Christian Heitmann, Schiffdorf, dem Ausschuss für Hochbau, Straßen und Verkehr als hinzuberufenes beratendes Mitglied an.

Punkt 19: Fragestunde

Es lag eine Anfrage des Abg. McAllister bezüglich der aktuellen Pendlerzahlen des Landkreises Cuxahven vor. Die Anfrage und die Antwort des Landrates sind der Niederschrift als Anlage 6 beigelegt.

Der Kreistag nahm Kenntnis.

Punkt 20: Anfragen zu den Niederschriften der Kreistagsausschüsse

Anfragen wurden nicht gestellt.

Der Kreistag nahm Kenntnis.

Punkt 21: Anregungen und Beschwerden

Es lagen keine Anregungen und Beschwerden vor.

Der Kreistag nahm Kenntnis.

Punkt 22: Einwohnerfragestunde

Es wurden keine Fragen gestellt.

Vorsitzender Dageförde schloss die öffentliche Sitzung des Kreistages um 20.00 Uhr.

Im Anschluss an die öffentliche Kreistagssitzung fand eine nichtöffentliche Sitzung des Kreistages statt.

Vorsitzender Dageförde schloss um 20.35 Uhr die Sitzung des Kreistages

Bielefeld
Landrat

Dageförde
Vorsitzender

Meyer
Kreisamtsrat
als Protokollführer